

# Nein zu Studiengebühren

*angenommen von der Delegierten-Versammlung des VSS am 17. April 2004 in Neuchâtel*

Das Bildungswesen ist ein äusserst lukrativer Bereich, was sich in den Bestrebungen zeigt, die Bildung zu privatisieren und dem Markt auszusetzen. Studiengebühren sind ein Schritt in diese Richtung. Die Befürworter-innen der Privatisierung der Bildung und der Betrachtungsweise von Bildung als rein oder zumindest schwerwiegend privates Gut dadurch mehr Mittel für die Hochschulen gewinnen. Der Ruf nach höheren Studiengebühren erschallt auch mit Verweis auf leere Staatskassen als Folge der um sich greifenden Sparmassnahmen.

Demgegenüber setzen die Studierenden der Schweiz ein übergeordnetes Recht auf Bildung voraus. Daraus folgt, dass ungeachtet ökonomischer Überlegungen ein freier Zugang zur Bildung für Menschen aller sozialer Schichten gewährleistet sein muss und daher Studiengebühren abzulehnen sind. Nichts desto trotz geht dieses Papier auf Argumente aus ökonomischer Sicht ein und zeigt, weshalb Studiengebühren ökonomisch und sozial nicht sinnvoll sind.

## **Bildung: entscheidender Faktor für Wirtschaftswachstum und Chancengleichheit**

Humankapital, welches durch Bildung akkumuliert wird, ist eine der entscheidenden Grössen für das Wirtschaftswachstum. Die ganze Gesellschaft profitiert von mehr Wohlstand, weniger Sozialausgaben und weniger Arbeitslosigkeit, was ganz klar für den öffentlichen Charakter der Hochschulbildung spricht. Kürzungen der Ausgaben für Hochschulbildung und Verlagerung der Kosten auf die Studierenden sind somit nicht nur unsozial, sondern auch schädlich für die schweizerische Volkswirtschaft. Wenn die Studierenden gezwungen sind, das Studium selber zu finanzieren, dann stellen sie die Kosten dem privaten Nutzen gegenüber. Die erwähnten Nutzen für die Gesellschaft bleiben unberücksichtigt. Studierende, deren Kosten höher sind als der private Nutzen, würden nicht studieren, auch wenn sich die Kosten unter Betrachtung des gesellschaftlichen Nutzens lohnen würden. Wahrscheinlich ist auch, dass sie nicht das Fach studieren, welches ihren Neigungen und Fähigkeiten am besten entspricht, sondern ihre Studienwahl entsprechend Vermutungen über spätere Verdienstmöglichkeiten treffen, was wiederum einen Verlust von Humankapital darstellt. Aus diesen Gründen ist eine staatliche Finanzierung der Hochschulen unbedingt vorzuziehen. Siehe: Studie "Hochschulbildung aus ökonomischer Perspektive": <http://www.vss-unes.ch/policy/oekonomisch.pdf>

## **Studiengebühren unterlaufen die Chancengleichheit**

Grundsätzlich besteht in der Schweiz eine formelle Chancengleichheit: Jede und jeder darf studieren, unabhängig von Herkunft, Konfession und dergleichen. Real besteht aber keine Chancengleichheit, da Kinder aus finanziell schwachen Familien selten den Weg an die Universität finden. Finanziell schwache Familien können (auch) für Bildung weniger ausgeben als vermögende Familien. Dies hat zur Folge, dass Kinder, die eigentlich die Fähigkeiten und Neigungen für ein Hochschulstudium hätten, dennoch nicht studieren, weil sie aus einer finanziell schwachen Familie kommen. Dies entspricht nicht einer realen Chancengleichheit und folglich auch nicht liberalen Grundprinzipien. Da Bildung eine der wichtigsten Möglichkeiten zu gesellschaftlichem Aufstieg bietet, wird die Gesellschaft somit mehr und mehr segmentiert. Auch ohne Studiengebühren ist die reale Chancengleichheit noch nicht gewährleistet, da der Lebensunterhalt noch nicht abgedeckt ist. Studierenden aus wohlhabenden Familien zahlen die Eltern den Lebensunterhalt. Studierende aus finanziell schwachen Familien müssen sich den Lebensunterhalt selber finanzieren, was die Studienzeit beträchtlich verlängert oder die betreffenden Leute von einem Studium abhält. Studiengebühren erhöhen die Kosten zusätzlich, was die genannten Probleme weiter akzentuiert. Die Chance, dass Kinder, bei denen ein Elternteil ein Hochschulstudium absolviert hat, selber auch studieren, ist 6.5 mal grösser als für Kinder, deren Eltern einen Lehrabschluss haben, und 13 mal höher als für Kinder, deren Eltern nur die obligatorische Schulzeit beendet haben.

Um sozial und finanziell schlechter gestellten Leuten den Zugang zur Hochschulbildung zu ermöglichen, die Bildungsbeteiligung zu erhöhen, und die reale Chancengleichheit zu gewährleisten, sind ein gutes Stipendiensystem zur Deckung der Lebenshaltungskosten und die Abschaffung der Studiengebühren prioritäre Ziele.

### **Studienkosten sind schon heute eine hohe finanzielle Barriere; studieren ist nicht gratis – auch ohne Studiengebühren**

Entgegen der weit verbreiteten Meinung ist Studieren auch ohne Studiengebühren nicht gratis. Die Studierenden müssen für ihren Lebensunterhalt aufkommen, und sie verzichten während des Studiums auf Lohn Einkommen, was Teil der sogenannten Opportunitätskosten eines Studiums darstellt. In seinem Positionspapier «die Lebenshaltungskosten der Studierenden» (2000) rechnet der VSS mit einem Budget von ca. 1'800 CHF pro Monat für eine-n Studierende-n. Der heutige Betrag der Studiengebühren (ca. 100.-/Monat) ist ein relativ hoher Posten in diesem Budget (5,6%). Dieses Budget muss entweder von den Studierenden selber mittels Erwerbsarbeit oder von deren Eltern übernommen werden. Zudem ist ein Studi-Budget sehr stark von Kosten abhängig, welche relativ rasch steigen können (Miete, Krankenkassen, Verlust der Jugend-Ermässigung ab 25, ...), während Stipendien selten der Teuerung angepasst werden. Zudem kann ein Studi seine Erwerbstätigkeit diesen wachsenden Kosten nicht beliebig anpassen (dazu mehr später im Papier).

Fazit: Die Studiengebühren in der Schweiz sind schon heute eine hohe finanzielle Hürde zum Studium. Die Betroffenen sind wiederum finanziell Schwache sowie Leute aus bildungsfernen Schichten, welche überdurchschnittlich belastet und im schlimmsten Fall von einem Studium abgehalten werden.

### **Die kleine Bildungsrendite wird mit Studiengebühren ganz zunichte gemacht**

Das Argument, dass Leute mit einem Studium später viel mehr verdienen, und deshalb das Studium privat finanziert werden soll, weil sonst die Nicht-Studierenden benachteiligt würden, stimmt nicht.

Die Frage ist, ob sich zusätzliche Bildung in Bezug auf das Lebenseinkommen lohnt. Verschiedene Studien (u. a. Wolter 1994) zeigen, dass das Lebenseinkommen von Leuten mit Hochschulabschluss und Matura/Handelsschule praktisch gleich ist. Ein 16-Jähriger, der sich für eine Lehre entscheidet, hat die gleichen finanziellen Aussichten wie eine 16-Jährige, die sich für die Mittelschule und Uni entscheidet. Es lässt sich keine private Bildungsrendite feststellen, die mit steigender Bildung zunimmt. Die gleiche Bildungsrendite der zwei Ausbildungswege Lehre und Mittelschule/Uni kommen auch zustande durch die höheren Steuern während der kürzeren Erwerbsphase. Somit ist die universitäre Ausbildung nicht gratis (sondern gleich teuer wie eine Lehre). Die Akademiker-innen gleichen die Bildungsrendite mit ihren höheren, da progressiven Steuern aus, wenn sie überhaupt mehr verdienen als Lehrabgänger-innen. Der Forderung, dass sich Studierende an den Kosten der Hochschulbildung beteiligen sollen, ist somit zur Genüge Rechnung getragen. Studiengebühren vermindern die schon kleine Bildungsrendite noch weiter, also auch die Anreize, ein Studium zu absolvieren. Dies hat wiederum negative Auswirkungen auf den Wohlstand und das Wirtschaftswachstum, weil das Bildungspotential nicht ausgeschöpft wird. Der VSS spricht sich daher klar für ein progressives Steuersystem aus, welches bewirkt, dass sich Leute die einmal tatsächlich mehr verdienen, entsprechend an den Staatsausgaben beteiligen, von denen auch sie profitiert haben.

### **Die Hochschulen werden nicht von den "Armen" finanziert**

Für Studiengebühren wird oft vorgebracht, dass die Hochschulbildung von den Steuerzahler-inne-n finanziert wird, also von vielfach wenig bis durchschnittlich Verdienenden, währenddem der Nutzen des Studiums (höherer Lohn) dem Einzelnen zufällt. Somit fände eine Umverteilung in die falsche Richtung statt. Dieses 'Umverteilungsargument' soll rechtfertigen, dass sich die Studierenden zumindest teilweise finanziell an der Hochschulbildung beteiligen. Auch dies stimmt nicht. Erstens wird nur eine Momentaufnahme gemacht, nicht aber eine Betrachtung über das ganze Leben. Wie erwähnt ist die Rendite der Hochschulbildung nicht höher als die der Berufslehre, Maturität etc., da die Bildungskosten über höhere Steuern zurückgezahlt werden. Zweitens wird nicht berücksichtigt, dass gut verdienende Akademiker-innen über höhere Steuerabgaben auch andere öffentliche Leistungen überdurchschnittlich mitfinanzieren. Dementsprechend würde erst eine Politik, die die Steuern der gut verdienenden Akademiker-innen senkt, zu einer Umverteilung in die falsche Richtung führen. Solche Umverteilung wird fälschlicherweise im Bildungswesen statt in der Steuerpolitik verortet (ABS 1999,4). Drittens wird eine Umverteilung offensichtlich, wenn Kinder aus wohlhabenden Familien die öffentlichen Hochschulen besuchen, währenddem finanziell schwache Familien ihre Kinder nicht an die Hochschulen schicken können. Deshalb ist es zentral, dass die Chancengleichheit gegeben ist

und die soziale Herkunft keinen Einfluss hat auf den Entscheid, ein Studium zu ergreifen. Eine höhere Beteiligung der Studierenden an den Kosten ihres Studiums würde die Chancengleichheit verringern und die Verteilungsgerechtigkeit zwischen Studierenden und Nichtstudierenden verletzen. Nötig ist eine Politik, die effektive Chancengleichheit gewährt.

### **Hohe Belastung der Werkstudierenden**

78,1% der Studierenden sind neben dem Studium erwerbstätig. Für fast die Hälfte dieser Erwerbstätigen ist der Nebenverdienst zur Finanzierung des Lebensunterhalts unverzichtbar. Dies korreliert eng mit der Höhe des Ausbildungsabschlusses der Eltern. Auffällig ist, dass bei höherem Bildungsabschluss der Eltern, der Anteil Studierender mit einem Beschäftigungsgrad von mehr als 30% markant geringer ist. Zudem entspringt Erwerbstätigkeit mit einem Beschäftigungsgrad über 30% öfter einer finanziellen Notwendigkeit (Diem 1995). Diese Zahlen (für Studierende an Unis & ETHs) belegen, dass die Finanzierung des Studiums bereits ohne hohe Studiengebühren eine grosse Schwierigkeit darstellen kann. Vor allem die Studierenden aus bildungsfernen Schichten sind überdurchschnittlich belastet, da eine Erwerbstätigkeit über 30% zumeist nur schwer mit dem Studium vereinbart werden kann. Das Studium verlängert sich, es bleibt weniger Zeit für die Vor- und Nachbereitung der Kurse und der Prüfungen, Auslandsemester werden praktisch verunmöglicht. Höhere Studiengebühren belasten folglich vor allem Studierende, die schon heute viel arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren. Zudem sieht die Bologna-Reform eine Straffung der Studiengänge vor, was vielerorts die Erwerbstätigkeit neben dem Studium massiv einschränkt oder verunmöglicht. Dies kompliziert die Finanzierung des Studiums für finanziell schlechter gestellte Leute zusätzlich. Studiengebühren verschärfen somit die negativen sozialen Auswirkungen der Bologna-Reform.

### **Studiengebühren fördern nicht die Leistung, sondern die Studiumsabbruchquote**

Mit der Einführung bzw. Erhöhung der Studiengebühren würde sich die Studiumsabbruchquote senken und die Studierenden zeigten ein höheres Mass an Studieneifer, was in schnelleren Abschlüssen resultierte. Diese Argumente lassen sich nicht halten: Roger Nordmann (2001) stellt in einer Studie fest, dass 19% der Studierenden, welche die Universität frühzeitig verlassen (45% der Immatrikulierten kommen nicht zu einem Abschluss) als Grund dafür finanzielle Schwierigkeiten angeben. Die Studie belegt auch, dass privilegierte Studierende ihr Studium häufiger abschliessen (ebd., S.109). Auch ist die Studiumsabbruchquote in den USA mit massiv höheren Studiengebühren leicht höher als die der Schweiz.

Vermehrte Erwerbstätigkeit neben dem Studium verkürzt das Studium sicher nicht.

### **Studiengebühren für aus dem Ausland kommende Studierende behindern die Mobilität**

Eines der Ziele der Bologna-Deklaration ist, die Mobilität der Studierenden zu fördern. Würden flächendeckend höhere Studiengebühren für aus dem Ausland stammende Studierende erhoben, so würde dieses Ziel untergraben. Zu erwarten wäre auch, dass dies auf die Schweizer Studierenden, die ein Austauschsemester machen, zurückfallen würde, indem sie ebenso hohe Studiengebühren im Ausland zahlen müssten. Dies wiederum behindert die Mobilität von finanziell schlecht gestellten Studierenden, vor allem da ein Austauschsemester bereits ohne Studiengebühren einen grossen finanziellen Aufwand bedeutet. Ausserdem haben die schweizerischen Hochschulen ein grosses Interesse an Studierenden aus dem Ausland, da sie sich international positionieren und als gute Hochschulen anerkannt werden wollen. Dies wiederum liegt im Interesse der Schweizer Wirtschaft.

### **Darlehen sind keine Lösung**

Zur Abfederung von hohen Studiengebühren wird oft die Einführung von Darlehen vorgeschlagen (z.B. akw, 2003). Darlehen mildern aber die negativen Auswirkungen von Studiengebühren nicht. Darlehen würden von Studierenden aufgenommen, welche ihre Studiengebühren nicht bezahlen können, deren Eltern nicht für die Kosten eines Studiums aufkommen können. So werden sie Ende Studium einen Schuldenberg haben, ihre finanziell privilegierten Komiliton-en-innen jedoch nicht, was eine krasse Verletzung der Chancengleichheit bedeutet. Bei einem Darlehenssystem wären die auf Darlehen angewiesenen Studierenden stärker an den Kosten der Hochschulen beteiligt. Um dies zu vermeiden, muss

das bisherige System, das die Hochschulbildung über die Steuern zurückbezahlt, beibehalten werden, und die Studiengebühren sind abzuschaffen.

Weitere Argumente gegen Darlehen: <http://www.vss-unes.ch/policy/darlehen.html>

## **Fazit**

Studiengebühren führen zu weniger Hochschulbildung. Damit reduziert sich die Humankapital-Akkumulation und das Wirtschaftswachstum wird geringer. Gerade in Ländern mit tiefer Akademiker-innen-rate wie der Schweiz ist eine solche Reduktion in der Hochschulbildung nicht wünschenswert. Die befürchtete Akademiker-innen-schwemme wird auch so nicht eintreten. Trotz immer mehr Akademiker-innen und weniger Tiefqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt stiegen die Löhne der ersten absolut und im Verhältnis zu denen letzterer. Dies da die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften ebenfalls zugenommen hat und weiter zunimmt. Wie oben gezeigt, verbessert die Bildung mittels der progressiven Sätze auch das Steuer-Substrat und fördert damit dank der öffentlichen Finanzierung der Hochschulen ein nachhaltiges Wachstum. Zudem führen Studiengebühren zu einer krassen Verletzung der Chancengleichheit und ebnen den Weg dazu, dass die Hochschulbildung den Kindern aus wohlhabenden Familien vorbehalten bleibt.

Während letzteres auch aus sozialer und gesellschaftspolitischer Perspektive nicht wünschenswert ist, führen beide Tendenzen, ökonomisch betrachtet, zu weniger Hochschulbildung, was letztlich einen negativen Einfluss auf den Wohlstand des Landes hat. Daher sind Studiengebühren abzulehnen.

Der VSS fordert folglich die Abschaffung der Studiengebühren, den Ausbau und die Harmonisierung des Stipendiensystems zur Deckung der Lebenshaltungskosten für Studierende, deren Eltern durch das Studium in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten, sowie flexibel gestaltete Studiengänge, um Studierende, die auf ein Erwerbseinkommen angewiesen sind, nicht zusätzlich zu benachteiligen.

## **Literaturverzeichnis**

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren ABS (Hrsg.), Argumente gegen Studiengebühren. Eine Widerlegung von Behauptungen. Bonn, 1999.

Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft (Hrsg.), Neue Wege zur Hochschulfinanzierung, Zürich 2004.

Diem, M. Soziale Lage der Studierenden, Bern 1997.

Lamprecht, M., Stamm, H.: Eidgenössische Volkszählung 1990. Soziale Ungleichheit im Bildungswesen. Bern: BfS 1996.

Nordmann, R: Pour un modèle national de soutien aux études: Analyse et propositions. Rapport établi à l' intention du Groupement de la science et la recherche (GSR). Lausanne: ROGERNORDMANN. approche économique et politique: 2001.

Teichgräber, M. Einflussgrößen auf die Studienzeiten and den universitären Hochschulen, Neuenburg 2003.

Wolter, C.: ECONOMIC focus. Lohnt sich Bildung überhaupt? Zürich: Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) 1994.

VSS-UNES-USU, die Lebenshaltungskosten der Studierenden: <http://www.vss-unes.ch/soko/lebenshaltungskosten.rtf>

VSS-UNES-USU, Hochschulbildung aus ökonomischer Perspektive: <http://www.vss-unes.ch/policy/oekonomisch.pdf>

VSS-UNES-USU, Nein zu Darlehen: <http://www.vss-unes.ch/policy/darlehen.html>